

Vorlage an

Stadtverordnetenversammlung für die Sitzung am 14.03.2019

Teilnahme am Projekt Gewalt-Sehen-Helfen

Beschlussvorschlag:

Der Inhalt der Drucksache wird zur Kenntnis genommen.

Sachverhalt:

Die Teilnahme am Projekt Gewalt-Sehen-Helfen wurde durch die Arbeitsgruppe des Präventionsrates öffentliche Sicherheit der Stadt Weiterstadt initiiert.

Der Präventionsrat der Stadt Frankfurt a.M. hat 1997 Gewalt-Sehen-Helfen (GSH) ins Leben gerufen.

Das Programm berücksichtigt den gesamtgesellschaftlichen Ansatz und hat die Stärkung der Zivilcourage zum Ziel. Die Grundannahme hierbei ist, dass Menschen - auch in gewaltträchtigen und potentiell für sie gefährlichen Situationen - helfen wollen und helfen können. „Gewalt-Sehen-Helfen“ verfolgt einen konsequent gewaltfreien, deeskalierenden, opferzentrierten und gemeinwesenorientierten Ansatz. Es fördert die Helfer*innenkompetenz und stellt ein Stück Lebenskompetenz für den Alltag dar.

Bürgerinnen und Bürgern wird in Seminaren, z.B. in Rollenspielen, durch eigenes Erfahren aufgezeigt, wie Hilfeleistung möglich ist. Insbesondere das „eigene Erfahren“ bedeutet bei den Teilnehmenden einen nachhaltigen Lerneffekt. Neben dem Helferverhalten kann jeder den Begriff „Gewalt“ definieren und erfährt auch, wie man sich in gewaltbehafteten Situationen verhalten sollte und welche individuellen Handlungsoptionen zielführend sein könnten.

Die Seminare für die Bürgerinnen und Bürger werden von Multiplikatoren durchgeführt. Die Multiplikatoren werden durch das Netzwerk gegen Gewalt fortgebildet. Offiziell kann das Projekt in Weiterstadt starten, wenn die ersten Multiplikatoren ausgebildet werden. Das nächste Seminar für Multiplikatoren findet im September 2019 statt. Danach können offiziell die Nutzungsrechte für Gewalt-Sehen-Helfen übertragen werden. Zum jetzigen Zeitpunkt hat sich Frau Kathrin Keil als Multiplikatorin zur Verfügung gestellt. Ein weiterer Multiplikator wird derzeit noch gesucht. Aller Voraussicht nach wird dieser durch einen Kollegen der Landespolizei gestellt.

Personelle Kapazitäten zur Begleitung des Projektes stehen derzeit im Ordnungsamt nicht zur Verfügung. Sollte Personal von der Stadtverwaltung eingebunden werden, so müssten Kapazitäten geschaffen werden.

Drucksache 10/0693/1

Finanzierung:

Mittel für z.B. für Werbemittel, Bereitstellung von Räumlichkeiten, Seminarunterlagen und Personaleinsatz stehen unter den jeweiligen Kostenstellen zur Verfügung. Eine finanzielle Unterstützung zur Finanzierung der Werbemittel kann die Kommune durch das Netzwerk gegen Gewalt erhalten.

Der Sachverhalt wurde am 26. Februar 2019 im Magistrat beraten.

Ralf Möller
Bürgermeister

Anlagen:

„Information für Programmpartner und solche die es werden wollen!!!“